



► Nr. VO/2015/02393
öffentlich

Lübeck, 13.02.2015

Bearbeitung: Doreen Richter (E-Mail: doreen.richter@luebeck.de Telefon: 122-7595)

Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft betr. Aufklärung und Prävention statt religiösem Extremismus

Sitzung der Bürgerschaft am 29.01.2015

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.17 TO mit VO Nr. 2268 den nachstehend aufgeführten Antrag der SPD-Fraktion zur **abschließenden Beratung an den Jugendhilfeausschuss (federführend), den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung sowie den Ausschuss für Soziales** überwiesen:

Der Bürgermeister wird gebeten, in Abstimmung mit der Landesregierung den Aufbau lokaler Strukturen zur Prävention von Radikalisierung und religiös motiviertem Extremismus zu initiieren und zu fördern. Im Rahmen derartiger Modellprojekte soll insbesondere der Dialog und die Kooperation mit den muslimischen Vereinen und Verbänden gepflegt werden, die den Salafismus ablehnen.

Zudem sollen durch Angebote pädagogischer Arbeit und politische Bildung in Schulen und Jugendeinrichtungen, Kinder und Jugendliche im Bezug auf religiösen Extremismus sensibilisiert und über die damit einhergehenden Gefahren aufgeklärt werden. Darüber hinaus sollen Lehrkräfte sowie pädagogische Fachkräfte durch entsprechende Fortbildungsangebote dazu befähigt werden, auf religiös motivierte Verhaltensweise angemessen zu reagieren. Der Kriminalpräventive Rat der Hansestadt Lübeck ist einzubinden.